

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1986
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Bayern

„Schwerpunkte liberaler Landespolitik“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Nürnberg am 3./4. Mai 1986)

F.D.P.

Liberales für Bayern

Schwerpunkte liberaler Landespolitik

Landtagswahl 1986



Schwerpunkte liberaler Landespolitik

Landtagswahl 1986

Warum Bayerns Landtag die F.D.P. braucht.

9

Landespolitische Schwerpunkte

1. Bildung, Jugend, Sport

Libérale Bildungspolitik	11
Vielfalt, Wettbewerb, Eigenverantwortung auch im Bildungswesen	11
Elternwille und regionale Gegebenheiten bestimmen die Schulform	11
Ganzheitliche Bildung	12
Mehr Verantwortung für die Schulgemeinschaft, weniger Gängelung durch die Kultusbürokratie	12
Freiraum für kommunale und freie Schulen	13
Aufwertung der Hauptschule	13
Berufsausbildung und Berufsschulen: Mehr Freiraum und Praxisbezug	13
Förderung der Berufsoberschulen	14
Die Schule braucht auch junge Lehrer	14
Wohnortnahe Schulen erhalten	14
Hochschule und Forschung	15
Schulzeit am Gymnasium	15
Zweiter Bildungsweg und Weiterbildung für eine offene Gesellschaft wichtig	15
Jugendarbeit	16
Gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung des Sports	16

2. Kultur und Medien

Mehr Chancen für private Kulturinitiativen	17
Privater Denkmalschutz muß unterstützt werden	17
Kommunale Baudenkmäler für kulturelle Einrichtungen nutzen	17
Weniger Zentralismus bei staatlichen Museen	18

	Seite
Die Künstler fördern	18
Filmwirtschaft	18
Weniger Parteieneinfluß auf Rundfunk und Fernsehen	18
Mehr Wettbewerb bringt mehr Programmv Vielfalt	19
Vorrang für lokale Anbieter vor Medienmultis	19
Verkabelung durch Privatunternehmer fördern	19
Medien-Erprobungs-Gesetz anpassen	19

3. Wirtschaft, Finanzen, Strukturpolitik

Marktwirtschaft und Staat	20
Mittelstandspolitik	20
Konzentration im Handel stoppen	20
Radikale Steuerreform notwendig	21
Bekämpfung von Arbeitslosigkeit	21
Solider Staatshaushalt	21
Privatisieren	22
Subventionen abbauen	22
Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bekämpfen	22
Technischen Fortschritt unterstützen	22
Strukturschwache Regionen und Grenzland stärken	22
Energiepolitik: Kohle, Gas, Kernenergie, Wasserkraft und kleinere Lösungen im Wettbewerb	23
Landwirtschaft: Bäuerliche Familienbetriebe stärken, neue Ideen nutzen	23
Verkehrssituation verbessern	24
Straßenbau	24
Öffentlicher Personennahverkehr und Versorgung der Fläche	25
Bundesbahn	25
Luftverkehr	25
Flexibler Ladenschluß ist Chance für Verbraucher und Mittelstand	25

4. Umwelt	Seite
Marktwirtschaftliche Umweltpolitik ist möglich und sinnvoll	26
Arten- und Biotopschutz zusammen mit den Grundeigentümern	26
Den Wald schützen und pflegen	26
Umweltautos haben Vorrang	26
Naherholung darf nicht zerstören	26
Kleinere Lösungen bei Trinkwassergewinnung	27
Müll vermeiden, sortieren und wiederverwenden. Private beteiligen	27
Schadstoffe im Klärschlamm vermeiden	27
Verbandsklage ist nützlich	27
Tierschutz ist eine humane Pflichtaufgabe	27
 5. Soziales	
Freiheit bedarf der sozialen Sicherung	28
Hilfe zur Selbsthilfe und Bürgerengagement	28
Ambulante Altenhilfe ausbauen	28
Behinderte integrieren	28
Die Situation von Familien mit Kindern verbessern	28
Mißhandelten Frauen und Kindern helfen	29
Krankenhäuser müssen menschlich, leistungsfähig und wirtschaftlich sein	29
Psychisch Kranke nicht alleinlassen	29
Der Herausforderung von AIDS begegnen	30
Selbsthilfegruppen von Kranken unterstützen	30
Vergiftungen schnell erkennen und behandeln	30
 6. Innen- und Rechtspolitik, Parlament	
„Weniger Daten“ ist Datenschutz	31
Verfassungstreue im öffentlichen Dienst – aber keine Pauschalverdächtigung	31
Asyl und Ausländer	31

	Seite
Keine Aushöhlung des § 218 StGB – für	32
Wiedereinführung der Kostenerstattung für	
Beamtinnen bei legalem Schwangerschafts-	
abbruch	
Schutz des Demonstrationsrechts	32
Bei Großprojekten Zuständigkeiten deutlich machen	32
Bürger, Staat und Gemeinden	32
Lebendiger Landtag	32
Bezirkstage brauchen Zuständigkeit in	33
Landesplanung	
Gebietsreform: Bürgerwille beachten	33
Die Menschenwürde setzt Grenzen	33

Warum Bayerns Landtag die F.D.P. braucht.

Seit 1982 sind im Maximilianeum nur noch zwei Fraktionen vertreten. Dies führt zwangsläufig zur Polarisierung des politischen Lebens. Es fehlt die F.D.P. als dritte Kraft in ihrer ausgleichenden Funktion.

Die Liberalen werden wieder mit fundierten Meinungen das Parlament beleben, mit eigenständigen Argumenten die Themen vertiefen und die Qualität der Entscheidungen verbessern.

Weder die CSU, die nur den Willen der Staatsregierung verkündet, noch die SPD sind Kräfte, die den Freiraum der Bürger schützen. Gegen die konservativen Reglementierer und sozialistischen Gleichmacher stemmt sich allein die F.D.P.

Die Freiheit des Bürgers ist notwendige Voraussetzung für ein freiheitliches Staatswesen – auch in Bayern.

Wir Liberale werden im Landtag hart arbeiten und durch sachliche Entscheidungen überzeugen. Dieses Programm zeigt unseren Weg. Wir bitten um Ihre Unterstützung – mit Ihren beiden Stimmen.

Wer liberal denkt, wählt auch liberal.

Aus den liberalen Grundsätzen

- Freiheit und Verantwortung
- Markt, Wettbewerb, Leistung
- weniger Staat und Bürokratie
- mehr Selbstverwaltung

ergeben sich die folgenden landespolitischen Schwerpunkte.

Landespolitische Schwerpunkte

1. Bildung, Jugend, Sport

Bildung und Kultur verhelfen dem Menschen zu Selbstbestimmung und Selbstverantwortung und ermöglichen ihm, seine Rolle in der Gesellschaft selbst zu gestalten. Bildung und Kultur sind für die Gesellschaft die Grundlage zu einem ständigen freiheitlichen und friedlichen Wandel.

Liberaler Bildungspolitik

Bildung und Erziehung sind Grundlagen, die junge Bürger zur Bewältigung der Zukunft benötigen. Über die berufliche Selbstverwirklichung hinaus ist Bildung Selbstzweck und schafft Lebensqualität. Deshalb ist Bildungspolitik ein Kernstück liberaler Gesellschaftspolitik. Bildung ist eine zentrale landespolitische Aufgabe und zugleich eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen.

Vielfalt, Wettbewerb, Eigenverantwortung auch im Bildungswesen

In der bayerischen Bildungspolitik sind Starrheit und Bürokratisierung unübersehbar. Umfangreiche Schulordnungen und detaillierte Einzelfallregelungen des Schul- und Hochschulbetriebs geben hiervon ebenso Zeugnis wie der formaljuristische Stil der Weisungen, die Aufblähung der Kultusbürokratie, die Sucht nach landesweiter Vereinheitlichung und die Geringschätzung partnerschaftlicher Kommunikation mit den betroffenen Verbänden bei der Einführung von Neuerungen.

Mehr Vielfalt, mehr Wettbewerb der Bildungsträger und der pädagogischen Konzepte und größerer Freiraum für Schulen und Hochschulen sowie bessere Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Eltern, Schüler und Lehrer sind notwendig. Vielfalt der Konzepte und Träger und mehr Eigenverantwortung kennzeichnen das von uns Liberalen angestrebte offene Schul- und Bildungssystem. Die Durchlässigkeit des bestehenden Schulsystems ist weiter zu verbessern.

Elternwille und regionale Gegebenheiten bestimmen die Schulform

Das Angebot der Schulformen muß stärker von regionalen Gegebenheiten und vom Elternwillen bestimmt werden. Während es in Großstädten und Ballungsräumen auch künftig möglich sein wird, alle herkömmlichen Schulformen und alternativ dazu Gesamtschulen und Orientierungsstufen in für die Schüler vertretbaren räumlichen Entfernungen anzubieten, macht der Geburtenrückgang in dünnbesiedelten Landesteilen Änderungen der Schulorganisationsformen erforderlich. Den sich verändernden sozialen Strukturen entsprechend sind landesweit auf freiwilliger Basis mehr öffentliche Ganztagschulen zu errichten.

Ganzheitliche Bildung

Unser Schulsystem darf nicht nur formales Wissen, sondern muß ganzheitliche Bildung vermitteln. Es muß das Lernen lehren. Die Fragen der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und die Förderung der musischen Veranlagungen des Menschen, die fachübergreifende Behandlung von Themen, soziales und demokratisches Verhalten müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Umweltbewußtes Denken und Handeln, Familien- und Erziehungsfragen sind altersgerecht und fächerübergreifend in die Bildungsinhalte einzubeziehen. Schulsport und vorgesehener Wahlunterricht müssen auch tatsächlich angeboten werden.

Ganzheitliche Bildung erfordert mehr pädagogischen Freiraum für die Lehrer. Die F.D.P. fordert die weitgehende gemeinsame Erziehung behinderter und nicht-behinderter Kinder als Voraussetzung für ein besseres gegenseitiges Verständnis. Förderung und Forderung sind keine Gegensätze in der Bildungspolitik; sie ergänzen sich.

Mehr Verantwortung für die Schulgemeinschaft, weniger Gängelung durch die Kultusbürokratie

Ein liberales Bildungssystem ist gekennzeichnet durch weniger behördliche Gängelung und mehr organisatorische Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung aller an der Schulgemeinschaft beteiligten Personen (Schulleiter, Lehrer, Eltern, Schüler).

Beispielhaft seien Bereiche genannt, in denen mehr Eigenverantwortung möglich und geboten ist:

- Organisation des Unterrichts, größere Flexibilität bei der Klassenbildung und der Organisation des Fachunterrichts
- Lehrereinsatz in der Schule, Absprachen über die Aufteilung der Unterrichtszeit auf die Lehrer
- Kooperation mit anderen Schulen und Institutionen
- Gestaltung des sozialen Lebens der Schule
- Wahlunterrichtsangebote, Sonderaktionen der Schule, wie z. B. Hausaufgabenbetreuung
- eine Schulkonferenz, die nach Schulstufe und Schultyp anteilig von Eltern, Schülern und Lehrern besetzt ist, bis hin zur Drittelparität in der Kollegstufe
- Schülerkonferenzen, die eine Schülermitbestimmung gewährleisten
- die Herausgabe einer nicht zensierten Schülerzeitung.

Nur größere Selbstverantwortung der Schulgemeinschaft verbessert die Zusammenarbeit Elternhaus/Schule. Eigenverantwortlichkeit soll nicht nur gelehrt, sondern vor allem praktiziert werden können.

Die F.D.P. fordert, alle Schulordnungen, Erlasse und Verordnungen zu durchforsten, um den Schulen, Lehrern, Schülern und Eltern mehr Freiheit und mehr Möglichkeiten zur Selbstverantwortung zu geben.

Freiraum für kommunale und freie Schulen

Der Freiraum kommunaler und freier Schulen muß erweitert werden. Schulen in freier Trägerschaft können Impulsgeber für das gesamte Schulsystem sein. Erhalt und Gründung solcher Schulen sind zu erleichtern. Die im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz enthaltenen Nachteile für Schulen in freier und kommunaler Trägerschaft müssen abgebaut werden. Vor allem freie Schulen wie Waldorf-, Montessorischulen und Landerziehungsheime sind vom Staat finanziell besser zu unterstützen, um die heutige krasse Benachteiligung abzubauen. Die Selbständigkeit und die Suche dieser Schulen nach neuen pädagogischen Wegen verdienen Anerkennung und Förderung.

Aufwertung der Hauptschule

Der eigenständige Bildungsauftrag der Hauptschule muß deutlicher werden. Dies erfordert drei Maßnahmen:

1. Eine Konzentration auf die Kernfächer Deutsch und Mathematik, sowie ausreichende staatsbürgerliche Bildung und Einführung in die technische Welt.
2. Daneben ist die musische und kreative Erziehung des jungen Menschen zu fördern.
3. Arbeitslehre und praktische Inhalte müssen Schwerpunkte des Hauptschulangebotes sein. Die Öffnung der Schule für die künftige Berufswelt der Jugendlichen, ein vermehrtes Angebot an Zusatzqualifikationen in freiwilligen Kursen, betriebliche Erkundungen, eine Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft und eine Verstärkung des Projektunterrichtes sind notwendig.

Nach Schulversuchen ist zu entscheiden, ob Hauptschülern ein mittlerer Abschluß entweder durch das Angebot eines freiwilligen zehnten Schuljahres an der Hauptschule oder berufsbezogen im dualen System (Berufsschule, Betrieb) auf freiwilliger Basis angeboten werden soll.

Berufsausbildung und Berufsschulen: Mehr Freiraum und Praxisbezug

Die F.D.P. hält am dualen Berufsbildungssystem fest, weil es die bestmögliche berufliche Ausbildung gewährt.

Die Berufsschulen müssen bei der Organisation der praktischen Ausbildungsteile, der Zusammenarbeit mit Firmen und Handwerksmeistern, der Differenzierung

ihrer Klassen und der Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Erwachsenenarbeit mehr Spielraum bekommen.

Die Anpassung der Berufsausbildung an die neuen technischen Anforderungen ist zu beschleunigen. Dazu gehören eine informationstechnische Grundbildung für die meisten Berufe, die Integration der Datenverarbeitung in bestimmte Fachausbildungen und die Behandlung sozialer und gesellschaftlicher Folgen der Kommunikationstechnik im Unterricht.

Die Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen muß gefördert, für ihre Weiterbeschäftigung muß geworben werden.

Im zunehmenden Umfang differenziert sich die Vorbildung von Berufsschülern. Dies muß organisatorisch und konzeptionell durch Unterrichtsdifferenzierung stärker berücksichtigt werden.

Die Aus- und Fortbildung von Berufsschullehrern ist praxisgerechter zu gestalten. Regelmäßige Betriebspraktika müssen gewährleistet sein. Als Zulassungsbedingung für die zweite Staatsprüfung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung anzustreben.

Förderung der Berufsoberschulen

Die bayerischen Berufsoberschulen sind innerhalb des gegliederten Schulwesens von großer Bedeutung. Sie bieten die Möglichkeit, im Anschluß an eine praktische Berufsausbildung die Hochschulreife zu erwerben. Dieser Aufgabe entsprechend sollten sie stärker als bisher gefördert werden.

Die Schule braucht auch junge Lehrer

Die Einstellung neuer Lehrkräfte aus den nachwachsenden Examensjahrgängen ist für alle Schularten zu gewährleisten. Ein solcher „Einstellungskorridor“ bringt frische Kräfte an die Schulen und verhindert die Überalterung des Lehrkörpers. Teilzeitarbeit, Dreiviertelstellen, Stundenermäßigung für ältere Lehrer und Abbau von Ungerechtigkeiten im Pflichtstundenmaß helfen beim Balanceakt zwischen finanziellen Gegebenheiten und Interessen von Bildungspolitik und Junglehrern, wenn sich auch die staatliche Personalplanung darauf einstellt.

Wohnortnahe Schulen erhalten

Die zurückgehenden Schülerzahlen dürfen wohnortnahe Schulen und schulartübergreifende Zusammenarbeit nicht gefährden. Vor allem Grundschüler sind wohnortnah auszubilden.

Hochschule und Forschung

Im Hochschulbereich können Konkurrenz und Wettbewerb befruchtend wirken. Private Gründungen dürfen nicht unterbunden werden. Sie müssen sich nach einer Anfangsphase weitestgehend selbst tragen. Den Hochschulen und Universitäten ist mehr Selbstverwaltung zu geben. Forschung und Lehre dürfen nicht durch bürokratische Antrags- und Genehmigungsverfahren gelähmt werden. Die Vergabe von Forschungsaufträgen an Hochschulen muß erleichtert und unbürokratisch abgewickelt werden.

Prüfungs- und Studienordnungen von Hochschulen liegen im Verantwortungsbereich der Fachbereiche. In den Studienreformkommissionen ist die Zahl der Fachvertreter zu erhöhen, die Mitwirkung der studentischen Seite zu institutionalisieren. Regelstudienzeiten sind erst vorzuschreiben, wenn die inhaltliche Studienreform vollzogen ist.

Hochschulen und Universitäten müssen personell und mit Sachmitteln so ausgestattet werden, daß sie zu qualifizierter Lehre und Forschung befähigt werden.

Die Mitwirkung der Studenten am Universitätsleben muß verbessert werden. Die verfasste Studentenschaft mit hochschulpolitischem Mandat ist wieder einzuführen.

Schulzeit am Gymnasium

Eine Verkürzung des 13. Schuljahres oder gar eine Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium auf 12 Schuljahre wird aus bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Gründen abgelehnt. Die Klassenstärken und Kursstärken sollen auch in den weiterführenden Schulen gesenkt werden, um auch bevölkerungsschwachen Gebieten die Bildungsvielfalt zu erhalten.

Zweiter Bildungsweg und Weiterbildung für eine offene Gesellschaft wichtig

Die rasante Entwicklung in Forschung und Technik, die Veränderung traditioneller Berufsbilder und die sich schnell wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt machen deutlich, daß auch der für seinen Beruf bestmöglich Ausgebildete sich künftig nicht mehr darauf verlassen kann, im ersten Durchgang alles für sein Leben Erforderliche gelernt zu haben. Lebenslanges Lernen ist nötiger den je. Daher fordern wir einen erheblichen Ausbau der Weiterbildungsangebote unter Mitwirkung der bisherigen Träger der Erwachsenen- und Weiterbildung, der Berufsschulen und der Hochschulen.

Der zweite Bildungsweg ist weiter offen zu halten.

Jugendarbeit

Die F.D.P. tritt für die Förderung einer unabhängigen Jugendarbeit ein, in der junge Menschen Initiative entwickeln und Verantwortung übernehmen. Sie setzt sich vor allem für solche Jugendgruppen ein, die soziale Aufgaben, z. B. in der Behindertenarbeit oder im Umweltschutz wahrnehmen. Liberale ziehen Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement kostspieliger staatlicher Jugendbürokratie vor.

Gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung des Sports

Der Sport hat eine große gesellschaftliche Bedeutung. Bau und Unterhalt von Spiel-, Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen gehören zum selbstverständlichen Angebot für den Bürger. Freizeitsport ist Sport für jedermann. Er muß für alle zugänglich sein.

Sport dient der Gesundheitsfürsorge. Er gibt wertvolle Hilfen zur Erhaltung und Wiedererlangung körperlicher und psychischer Gesundheit.

Der Verein ist die Kernzelle sportlicher Betätigung. In ihm haben Freizeit-, Breiten- und Leistungssport ihre gemeinsame Grundlage. Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ sind dem Sportverein alle ideellen und materiellen Unterstützungen zu gewähren. Dazu gehören zusätzliche steuerliche Entlastungen, Wegfall der Antragssperre für den Sportstättenbau, stärkere Einbeziehung der Kosten für den Sportstättenerhalt in die Förderung, Aus- und Weiterbildung von Führungskräften und ehrenamtlichen Mitarbeitern sowie Übungs- und Organisationsleitern. Richtig verstandener Leistungs- und Spitzensport auf der Basis des Breitensports ist als Motivationsschub – vor allem für die Jugend – zu fördern.

Die internationalen Sportbeziehungen – aber auch der innerdeutsche Sportverkehr – sind zu erhalten und auszubauen. Sie sind auch ein wichtiger Faktor der Begegnung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Der Schulsport in Bayern ist so zu gestalten, daß der Ausfall von Stunden vermieden und der Sportunterricht unbürokratisch aber effizient durchgeführt wird. Ein regelmäßiger Sportunterricht in den Berufsschulen ist anzustreben. Die Kommunen sollen ermutigt werden, arbeitslose Sportlehrer im Rahmen von ABM-Verträgen zu beschäftigen. Sie können z. B. als Koordinatoren für den Sport und zur Betreuung von Sportstätten in Ferienzeiten eingesetzt werden.

Sport und Umwelt dürfen keine Gegensätze sein. „Sport für alle“ in der Natur und im Wohnumfeld muß möglich bleiben, soweit keine neuen Umweltschädigungen entstehen.

2. Kultur und Medien

Kultur beschränkt sich nicht nur auf die Ausdrucksform der Kunst. Kultur hat vielfältige Ausprägungen.

Kultur bedeutet Lebensweise. Die Vielfalt der Kultur bewußt zu machen, sie zu pflegen und zu fördern ist Ziel liberaler Politik. Kultur ist Ausdrucksform der Persönlichkeit des einzelnen und seiner Phantasie. Sie kann nicht vom Staat verordnet werden.

Eine marktoffene, vielfältige und freiheitliche Medienlandschaft liegt im Interesse der Bürger und ist Voraussetzung der Informations- und Meinungsfreiheit des einzelnen. Die zunehmende staatliche Bevormundung und der übermäßige Einfluß von CSU und SPD sowie der privaten Monopole in der Kultur- und Medienpolitik verpflichten die F.D.P. zur kritischen Beurteilung der Entwicklung im Sinne der Durchsetzung liberaler Prinzipien.

Mehr Chancen für private Kulturinitiativen

Die Kulturpolitik der Staatsregierung ist zu sehr auf die eigenen repräsentativen Kultureinrichtungen fixiert. Zukunft, Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur liegen nicht beim staatlich voll subventionierten Kulturbetrieb. Privat organisierten und von engagierten Bürgern getragenen Kulturinitiativen müssen bessere Chancen eingeräumt werden.

Die öffentlichen Zuschüsse an etablierte staatliche Kultureinrichtungen sind nicht weiter zu erhöhen. Private Finanzierungsquellen sollen erschlossen und steuerlich gefördert werden.

Privater Denkmalschutz muß unterstützt werden

Bau- und Bodendenkmäler sind als sichtbare Zeugnisse unserer Geschichte möglichst unverfälscht zu erhalten. Ihrer Zerstörung und Beeinträchtigung, insbesondere auch durch schädliche Umwelteinflüsse, ist entgegenzuwirken. Private Eigentümer von Denkmälern sind bei Denkmalschutz und Denkmalpflege zu unterstützen.

Kommunale Baudenkmäler für kulturelle Einrichtungen nutzen

Die Kommunen sollen ermutigt werden, bei der Nutzung denkmalgeschützter Bausubstanz in ihrer Zuständigkeit nach Verwendungsmöglichkeiten zu suchen, die kulturelle Schwerpunkte setzen (z. B. Bereithaltung von Atelierräumen mit kleinen, nichtkommerziellen Galerien für bildende Künstler, Übungsräume für junge Musiker, Theaterstudio für Laienspielgruppen, für Gruppen der Jugendarbeit etc.).

Das Freikartenunwesen für Amts- und Mandatsträger ist abzuschaffen.

Der Neuanschaffungsbedarf von öffentlichen Bibliotheken ist zu decken.

Weniger Zentralismus bei staatlichen Museen

Der immer noch geübte bayerische Zentralismus im Bereich der Museen ist weiter abzubauen. Bestände in Archiven und Magazinen sind regionaler Verwendung zuzuführen.

Der Bevölkerung ist ein besserer Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Museen oder Bibliotheken durch längere Öffnungszeiten, bessere und schnellere Bedienung mit Hilfe von Personalerhöhung zu ermöglichen.

Die Künstler fördern

Libérale Kulturpolitik setzt sich für eine bessere Ausbildung und soziale Gerechtigkeit für künstlerisch tätige Menschen sowie die Sicherstellung nationaler Produktionsmöglichkeiten ein.

Die Vergaberichtlinien für die „Kunst-am-Bau“-Mittel sind so umzugestalten, daß der mit der künstlerischen Ausgestaltung eines öffentlichen Zwecken dienenden Bauwerks beauftragte Künstler bereits in die architektonische Planungsphase einbezogen werden kann.

Filmwirtschaft

Bei der wirtschaftlichen Filmförderung muß die künstlerische Qualität auch künftig ein Kriterium für die Förderung bleiben.

Einer unzulässigen Zensur ist wirksam vorzubeugen.

Zur Strukturverbesserung der Filmwirtschaft sollen alle beitragen, die von der Verwertung von Kinofilmen profitieren. Die Urheber- und Leistungsschutzrechte sind angemessen zu vergüten.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Films muß gestärkt werden.

Die Anreize für private Finanzierungen von Kinofilmen sind zu verbessern.

Weniger Parteieneinfluß bei Rundfunk und Fernsehen

Die F.D.P. unterstützt die Öffnung des Medienmarktes für private Rundfunk- und Fernsehanbieter insoweit, als die öffentlich-rechtlichen Anstalten in ihrem Bestand und ihrer Entwicklung nicht gefährdet werden. Der Einfluß der Parteien in den öffentlich-rechtlichen Aufsichtsgremien entspricht nicht der Zielsetzung des Art. 111a der Bayerischen Verfassung. Die F.D.P. tritt daher für eine Beschränkung des Parteieneinflusses im Rundfunk- und Medienrat ein.

Mehr Wettbewerb bringt mehr Programmvietfalt

Mehr Programme bringen mehr Wettbewerb, mehr Wettbewerb bedeutet grösere Vielfalt. Vielfalt bedeutet nicht nur die Schaffung weiterer, gleicher Unterhaltungsprogramme, sondern soll auch mehr Informations-, Kultur- und Bildungsangebote umfassen. Die Zulassung und Förderung privater Anbieter soll diesem Ziel dienen. Der Bürger ist in der Lage, diese Vielfalt in eigener Verantwortung zu nutzen.

Vorrang für lokale Anbieter vor Medienmultis

Journalistisch-publizistischer Wettbewerb, besonders auf lokaler Ebene, ist zu fördern, Monopole sind zu vermeiden. Bei lokalen Sendern ist regionalen Programmanbietern Vorrang vor nationalen und internationalen Medienkonzernen zu geben. Verdeckte Beteiligungen und Treuhandschaften an Anbietergesellschaften sind offenzulegen. Dadurch soll eine unerwünschte Einflußnahme von politischen Parteien oder übermächtiger Gruppen auf die Programmgestaltung verhindert werden.

Bei der Frequenzvergabe hat privater Lokalfunk Vorrang vor weiteren öffentlich-rechtlichen Senderketten.

Verkabelung durch Privatunternehmen fördern

Im Zuge der Verkabelung durch die Deutsche Bundespost sowie beim Einsatz künftiger Verteiltechniken ist eine Benachteiligung ländlicher Gebiete zu vermeiden. Private Kabelnetze sind zuzulassen.

Die Freiheit des Bürgers über die Entscheidung, an ein Kabelnetz angeschlossen zu werden oder nicht, muß erhalten bleiben.

Medien-Erprobungs-Gesetz anpassen

Private Programme lassen sich derzeit nur auf terrestrischen (nicht kabelgebundenen) Frequenzen rentabel darbieten. Das Medien-Erprobungs- und Entwicklungs-Gesetz (MEG) ist im wesentlichen auf die Verbreitung von Programmen im Kabel ausgerichtet und deshalb den tatsächlichen Gegebenheiten und Anforderungen anzupassen.

3. Wirtschaft, Finanzen, Strukturpolitik

Soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb sind für die F.D.P. unverzichtbare Gestaltungsprinzipien unseres Wirtschaftssystems. Sie sichern die preisgünstige Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen – und zwar, im Gegensatz zu sozialistischen Systemen, in ausreichendem Umfang und in hoher Qualität.

Unsere wirtschaftspolitischen Forderungen:

Marktwirtschaft und Staat

Der Staat hat nur die Rahmenbedingungen des marktwirtschaftlichen Handelns zu schaffen. Staatliche Beteiligung an Wirtschaftsunternehmen und staatliche Subventionspolitik gehören nicht zu dieser Aufgabe. Staatliche Wirtschaftslenkung widerspricht liberaler Marktwirtschaftspolitik.

Mittelstandspolitik

Die bayerische F.D.P. wird sich besonders um die Fortentwicklung und den Fortbestand des Mittelstandes kümmern.

Mittelständische Betriebe und freie Berufe sind für eine freiheitliche Gesellschaft lebensnotwendig.

Die Eingriffe der Staatsregierung in die Wirtschaft schaden besonders auch dem gewerblichen Mittelstand und den freien Berufen.

Steuerentlastung ist der wirksamste Weg zur Stärkung der Ertragskraft und der Eigenkapitalsbasis der Unternehmen sowie zu einer leistungsgerechten Bezahlung der Mitarbeiter. Steuervereinfachung und Bürokratieabbau entlasten den Mittelstand von wettbewerbsverzerrenden Verwaltungsaufgaben.

Staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung darf sich nicht auf einige wenige Großunternehmen konzentrieren, sondern muß gerade die speziellen Belange der kleinen und mittleren Betriebe berücksichtigen.

Die von der F.D.P. maßgeblich gestaltete Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und die dadurch bewirkte Preisstabilität, Haushaltskonsolidierung und Zinssenkung sowie realer Kaufkraftzuwachs eröffnen dem Mittelstand zusammen mit den oben geforderten Maßnahmen neue Perspektiven.

Konzentration im Handel stoppen

Der Konzentration im Handel muß Einhalt geboten werden. Die neuen Bestimmungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb werden einige belastende Wettbewerbsverzerrungen verhindern. Die F.D.P. setzt auch auf die freiwillige Vereinbarung des Handels zur Verhinderung ruinösen Wettbewerbs zwischen großen und kleinen Betriebsformen. In Bayern müssen vor allem die landespolitischen Instrumente der Raumordnung und der Kartellaufsicht verstärkt genutzt werden.

Radikale Steuerreform notwendig

Unser Steuersystem bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Die steigende Flut von Steuervorschriften hat zu einem komplizierten und unfairen Steuerrecht geführt. Selbst Einkommen unterhalb des Existenzminimums werden besteuert. Zu hohe Steuersätze bestrafen Leistung und Erfolg.

Die F.D.P. fordert deshalb:

1. Das Existenzminimum ist künftig nicht mehr zu besteuern.
2. Die Steuersätze der Lohn- und Einkommensteuer sind deutlich zu senken. Durch einen linear-progressiven Tarif muß verhindert werden, daß jede zusätzlich verdiente Mark vom Staat zu einem unverhältnismäßig hohen Anteil weggesteuert wird.
3. Die Steuerbelastung der Unternehmen ist über die Senkung der Einkommensteuer deutlich zu verringern. Die Körperschaftssteuer muß gesenkt, die betriebliche Vermögenssteuer abgeschafft und die Verlustausgleichsmöglichkeit verbessert werden. Die Gewerbesteuer ist abzuschaffen und durch eine gemeindefreundliche Alternativfinanzierung zu ersetzen.

Bekämpfung von Arbeitslosigkeit

Für die meisten Menschen ist Arbeit die einzige oder wichtigste Möglichkeit, in eigener Verantwortung ihre Existenz zu sichern. Arbeit verschafft die materielle Grundlage, das Leben in persönlicher Unabhängigkeit und Freiheit zu gestalten.

Ziele liberaler Arbeitsmarktpolitik sind daher:

- Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Erreichen eines leistungsgerechten Steuersystems
- Abkehr von den starren Arbeitszeitformen unserer heutigen Industriegesellschaft:
 - Flexibilisierung der Lebens- und Wochenarbeitszeit
 - Verstärktes Angebot von Teilzeitarbeit
 - Möglichkeit der Arbeitsplatzteilung
- größere Flexibilität in der Tarifpolitik nach Branchen und Regionen
- Förderung der Mobilität der Arbeitsplatzsuchenden
- Aufhebung des Vermittlungsmonopols von Arbeitsämtern
- Verbesserung der beruflichen Qualifikation
- spezifische Qualifikationsinitiativen für junge Arbeitnehmer und Frauen
- Unterstützung von Selbsthilfeorganisationen und Solidaritätsgruppen.

Solider Staatshaushalt

Die F.D.P. fordert eine sparsame staatliche Haushaltsführung. Höhere Steuereinnahmen durch den Konjunkturaufschwung sind zum Abbau der staatlichen Schulden zu verwenden.

Privatisieren

Der Freistaat Bayern ist Eigentümer und Mitbesitzer von über 100 Wirtschaftsunternehmen. Hierfür gibt es meistens keine Rechtfertigung. Die F.D.P. drängt auf Privatisierung von Unternehmen und darüber hinaus auch geeigneter öffentlicher Aufgaben. Eine konsequentere Unterscheidung von staatlich und privatwirtschaftlich wahrzunehmenden Aufgaben ist notwendig.

Die Staatsregierung soll außerdem verpflichtet sein, über ihre direkten und indirekten Beteiligungen jährlich Rechenschaft zu geben.

Subventionen abbauen

Die F.D.P. will Subventionen abbauen. Ein jährlicher bayerischer Subventionsbericht muß auch die zeitliche Begrenzung und die Möglichkeiten des Abbaus aufzeigen. Ausnahmen sind zu begründen.

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bekämpfen

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung hat nicht nur durch Verbote und Strafen zu erfolgen, sondern auch durch die Beseitigung ihrer Ursachen: Die unverhältnismäßig hohe Steuer- und Abgabenlast der Handwerks- und Gewerbebetriebe und die ungerechtfertigt hohen Lohnnebenkosten.

Steuersenkungen und Kostendämpfung bei den Sozialversicherungen bringen auch den Arbeitnehmern mehr verfügbares Einkommen und verringern den Anreiz zur Schwarzarbeit.

Daneben müssen die staatlichen Kontrollen besser koordiniert werden.

Technischen Fortschritt unterstützen

Wer den technischen Fortschritt bei uns aufhalten möchte, handelt verantwortungslos; er verwehrt unseren Bürgern nicht nur ein Mehr an Lebensqualität – er exportiert auch Arbeitsplätze in jene Länder, die neuer Technologie gegenüber aufgeschlossen sind. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien sind erforderlich, um unserer Wirtschaft die Anpassung an neue Marktentwicklungen zu ermöglichen.

Strukturschwache Regionen und Grenzland stärken

Regionale Strukturpolitik muß die strukturschwachen Landesteile stärken. Sie darf nicht durch eine staatliche Lenkungs politik unterlaufen werden, die starke Regionen begünstigt.

Im Gegenteil: Durch Verlagerung von Dienststellen kann der Staat z. B. für eine Entlastung des Arbeitsmarktes sorgen.

Das Grenzland braucht auch künftig Hilfe. Die eigenen Entwicklungskräfte der strukturschwachen Gebiete sind zu fördern. Auch diese Gebiete brauchen den Anschluß an moderne Informationsnetze, um qualifizierte Betriebe und Arbeitsplätze zu halten und aufzubauen. Die Grenzlandförderung ist auf steuerliche Förderung umzustellen, die für mittelständische Unternehmen besser kalkulierbar ist.

Energiepolitik: Kohle, Gas, Kernenergie, Wasserkraft und kleinere Lösungen im Wettbewerb

Die bayerische F.D.P. sieht in der friedlichen Nutzung der Kernenergie einen Teil der mittelfristigen und ausreichenden Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit Strom.

Voraussetzung für den Betrieb von Kernkraftwerken ist die Entsorgung.

Die Wiederaufarbeitung ist ein Teil dieser Entsorgung. Deshalb sagt die bayerische F.D.P. ja zum Standort Wackersdorf. Allerdings setzt diese Zustimmung voraus, daß

1. Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit geht
2. alle Sicherheits- und Umweltschutzmaßnahmen während der Planung, Bauausführung und Genehmigungs- bzw. Inbetriebnahmephase, insbesondere aber auch während des Dauerbetriebs, kritisch begleitet werden
3. die Inbetriebnahme der Anlage nur dann erfolgt, wenn die Endlagerung des radioaktiven Mülls sichergestellt ist.

Die Unabhängigkeit vom Öl muß durch den Einsatz von Kohle, Gas, Kernenergie, Wasserkraft, aber auch durch Energieeinsparung gefördert werden. Kleinere Lösungen der Energiegewinnung bieten sich als flexible Ergänzung an.

Fernwärmesysteme und verbrauchsnahe, dezentrale Energieversorgung müssen verstärkt zum Tragen kommen. Die Emissionen aus Verbrennungsanlagen sind weiter zu vermindern.

Bei Verträgen der Kommunen mit Elektrizitätsunternehmen ist den Gemeinden eine Option auf eigene Energiekonzepte einzuräumen.

Landwirtschaft: Bäuerliche Familienbetriebe stärken, neue Ideen nutzen

Leitbild liberaler Agrarpolitik ist der bäuerliche Familienbetrieb. Die Sicherung der Landwirtschaftseinkommen allein über die Preise wirft kurz- und mittelfristig Probleme auf, denn die Preise berücksichtigen nicht, daß die Leistung der Landwirtschaft neben der Nahrungsmittelproduktion auch in der Erhaltung der Natur besteht. Langfristig muß wieder mehr Markt angestrebt werden.

Die künftige Landwirtschaftspolitik muß folgende Prinzipien beachten:

- Die Existenz leistungsfähiger bäuerlicher Betriebe ist zu gewährleisten
- die Mittel für die Agrarpolitik sind gezielter und effektiver einzusetzen
- die natürlichen Lebensgrundlagen sind besser zu schützen
- der bäuerliche Familienbetrieb muß Vorrang vor Agrarfabriken bekommen.
In der Tierhaltung sind flächenbezogene Bestandsobergrenzen einzuführen.

Die F.D.P. setzt sich für einen Abbau der Überschüsse und für eine Stabilisierung der Märkte in der EG ein:

- Alternativ zur herkömmlichen Überproduktion müssen nachwachsende Rohstoffe, z. B. Öl- und Faserpflanzen, zucker- und stärkehaltige Rohstoffe zur Bioethanolproduktion sowie Leguminosen flächenbezogen gefördert werden.
- es wird ein Investitionsprogramm für Biogas/masse verlangt
- es wird die Besteuerung der Futtersubstitute gefordert. Bei Öffnung der Weltmärkte für die Agrarprodukte der EG soll die Besteuerung wieder wegfallen
- der Einsatz von wachstumsfördernden Hormonen und Milchimitationen ist auch in den übrigen EG-Ländern sofort zu verbieten
- die Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil bayerischer Viehhalter durch die teure monopolisierte Schlachtviehversicherung ist zu beenden
- ein Schlachthofstrukturplan in Bayern ist aufzulegen
- für die Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion zugunsten des Naturschutzes, Wasserschutzes und der Landschaftspflege müssen Ausgleichszahlungen gewährt werden
- im Ackerbau sind Ausgleichszahlungen für eine freiwillige Wechselbrache einzuführen
- Zahlung einer Flächen- und Vorruhestandsrente an Landwirte ab dem 55. Lebensjahr mit der Bedingung, daß sie ihre Flächen aus der Produktion nehmen.

Die Agrarsozialpolitik muß weiterhin die soziale Sicherheit gewährleisten und den Strukturwandel abfedern.

Verkehrssituation verbessern

Mobilität ist ein Element der Freiheit. Liberale Verkehrspolitik ist deshalb bestrebt, den Bürgern ein hohes Maß an Beweglichkeit zu sichern. Sie ist dem Gemeinwohl verpflichtet.

Straßenbau

Im Straßenbau muß durch mittelfristige Finanzplanung eine Kontinuität der Baumaßnahmen erreicht werden. Die Mittel sollen in erster Linie eingesetzt werden, um qualitative Verbesserungen des bayerischen Straßennetzes zu erreichen, z. B. durch Lückenschlüsse, Ortsumgehungen, Radwege, Begradigungen usw. Ausbau hat Vorrang vor Neubau.

Öffentlicher Personennahverkehr und Versorgung der Fläche

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist auch Daseinsfürsorge für den Bürger. Die freie Wahl des Verkehrsmittels muß möglich bleiben. Dennoch soll die öffentliche Hand der Überlastung der Innenstädte durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen gegensteuern (Park + Ride, attraktive Stadtbusverbindungen und dergl.).

In der Fläche muß ein angemessenes ÖPNV-Angebot erhalten bleiben. Eine größtmögliche Kostendeckung muß angestrebt werden. Das „flache Land“ muß mit hinreichenden Verbindungen an das Fernnetz der DB angeschlossen werden.

Bundesbahn

Für die Bahn sprechen gute volkswirtschaftliche Gründe. Sie muß jedoch wirtschaftlicher werden. Sie ist von bürokratischen Zwängen zu befreien, damit sie wie ein normales Unternehmen am Markt handeln kann. Die in den letzten Jahren erkennbaren positiven Bestrebungen des DB-Vorstandes müssen vom Gesetzgeber nachhaltig durch Änderungen im rechtlichen Rahmen unterstützt werden, die von der Landesregierung über den Bundesrat angeregt werden müssen. Die Anstrengungen der Deutschen Bundesbahn, ihren Anteil am Güterverkehr zu erweitern, müssen auch in Bayern nachhaltig unterstützt werden.

Luftverkehr

Der nationale und internationale Flugverkehr ist ein Teil unserer Bewegungsfreiheit. Großprojekte wie Flughäfen haben wegen ihrer großen Umweltbelastungen besondere Rücksicht auf die Anwohner zu nehmen. So ist z. B. beim geplanten Flughafen München II der Nachtflugverkehr auf notwendige Postflüge zu beschränken.

Flexibler Ladenschluß ist Chance für Verbraucher und Mittelstand

Die F.D.P. verspricht sich von einer Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten Vorteile für den mittelständischen Einzelhandel und den Verbraucher. Um vorurteilsfrei die Folgen einer Flexibilisierung zu überprüfen, sollte ein Großversuch mit den folgenden Rahmenbedingungen durchgeführt werden:

- Beibehaltung der wöchentlichen Gesamt-Öffnungszeit
- Verlängerung der Öffnungszeiten an einem Abend in der Woche (z. B. Donnerstag) bis 21.00 Uhr
- Vorziehen der frühestmöglichen Öffnungszeit auf 6.00 Uhr morgens („Brötchen-Stunde“)
- Verzicht auf den monatlichen „langen Samstag“ (Ausnahme: Vorweihnachtszeit)
- Freiwilligkeit der Teilnahme der Einzelhändler an der Flexibilisierung.

4. Umwelt

Marktwirtschaftliche Umweltpolitik ist möglich und sinnvoll

Die F.D.P. ist die Umweltpartei für die Befürworter unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Eine gesunde Umwelt sichert Freiheit und menschliches Überleben. Die Qualität von Luft, Wasser und Boden muß verbessert werden. Die intensive Landnutzung, Überbauung und Zerschneidung der Landschaft ist zu verringern. Flurbereinigung darf nicht Umwelt zerstören. Gewässer sind wieder naturnah zu gestalten.

Marktwirtschaft und Ökologie müssen keine Gegensätze sein. Nur in einer gesunden Umwelt kann die Wirtschaft auf Dauer bestehen.

Das Verursacherprinzip als marktwirtschaftliches Instrument der Umweltpolitik hat sich bei der von den Liberalen durchgesetzten Abwasserabgabe bewährt. Marktwirtschaftliche Instrumente sind auch in anderen Bereichen des Umweltschutzes anzuwenden. Die Umweltgesetze müssen konsequent angewendet werden.

Arten- und Biotopschutz zusammen mit den Grundeigentümern

Arten- und Biotopschutz benötigen die Mitwirkung der Eigentümer von Grund und Boden. Die Bereitschaft der Landwirte, bisher intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen für Naturschutz und Landschaftspflege zur Verfügung zu stellen, ist durch direkte Ausgleichszahlungen zu fördern.

Den Wald schützen und pflegen

Zum Schutz des nachwachsenden Waldes ist die Wilddichte zu verringern und ein naturnaher Waldbau anzustreben.

Die staatliche Forstwirtschaft muß in erster Linie nach umweltpolitischen Gesichtspunkten und erst in zweiter Linie nach wirtschaftlichen betrieben werden.

Dem Waldsterben ist durch verstärkte Emissionsverringern bei Verkehr, Industrie, Haushalten und öffentlichen Einrichtungen entgegenzuwirken.

Umweltautos haben Vorrang

Die F.D.P. appelliert an Käufer und Handel, alles zu tun, um – unabhängig von der gesetzlichen Frist – schnellstmöglich die Umrüstung des Kraftfahrzeugbestandes auf katalysatorbetriebene Wagen herbeizuführen.

Naherholung darf nicht zerstören

Naherholung darf kein Anlaß sein, gewachsene Natur durch ausufernde Landschafts-Möblierung zu zerstören.

Kleinere Lösungen bei Trinkwassergewinnung

Die Sanierung und Erhaltung bestehender Wassergewinnungsanlagen hat Vorrang vor der Tieferlegung von Brunnen und dem Fernwasseranschluß.

Müll vermeiden, sortieren und wiederverwenden.

Private beteiligen.

Vermeidung von Müll hat Vorrang vor Recycling. Industrie, Gewerbe und Haushalte sind aufgefordert, die Müll- und Verpackungsflut einzudämmen. Der einzelne Bürger kann durch den Kauf von verpackungsarmen Produkten und die Sammlung von Wertstoffen entscheidend mitwirken. Für Getränkedosen und Einwegverpackungen ist eine Verpackungsabgabe oder ein Pfand zu fordern.

Alle vermarktungsfähigen Wertstoffe aus Haus-, Gewerbe- und Industrieabfall müssen dem Rohstoffkreislauf wieder zugeführt werden. Privatunternehmen sind verstärkt einzuschalten. Modellvorhaben verdienen Förderung.

Schadstoffe im Klärschlamm vermeiden

Klärschlamm aus der Abwasserreinigung wäre wertvoller Dünger für die Landwirtschaft. Gefährliche Stoffe (wie z. B. Schwermetalle und organische Halogenverbindungen), die diese Verwendung verhindern, sollen direkt beim Verursacher dem Abwasser entzogen werden.

Verbandsklage ist nützlich

Private Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen leisten viel für den Umweltschutz. Die F.D.P. bemüht sich weiterhin, anerkannten Naturschutzverbänden, Gemeinden und Landkreisen das Recht der Verbandsklage zu verschaffen. Erfahrungen in der Schweiz, den USA und den Bundesländern Hessen, Hamburg und Berlin haben gezeigt, daß diese Lösung nützlich ist.

Die F.D.P. fordert weiterhin, daß der Umweltschutz als Staatszielbestimmung im Grundgesetz verankert wird.

Tierschutz ist eine humane Pflichtaufgabe

Tiere sind nicht beliebig verfügbare Objekte des Menschen, sondern Lebewesen mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen an ihre Umwelt. Sie sind Teil der Natur und der Umwelt und ebenso wie diese dem Menschen anvertraut.

Im April 1986 wurde ein neues Tierschutzgesetz vom Bundestag verabschiedet.

- In Bayern müssen ein Landestierschutzbericht erstellt und eine Ethik-Kommission eingerichtet werden.
- Es sind Richtlinien für artgerechte Haltungs- und Transportbedingungen zu schaffen.
- Tierversuche sind auf das Mindestmaß zu reduzieren.
- Alternativen zum Ersatz von Tierversuchen sind zu fördern.
- Doppel- und Mehrfachversuche sind durch eine zentrale, behördeninterne Datenbank zu verhindern.

5. Soziales

Freiheit bedarf der sozialen Sicherung

Die staatliche Absicherung der elementaren Lebensrisiken für die wirtschaftlich Schwächeren darf sich jedoch nicht zu einer nicht mehr finanzierbaren Rundum-Versicherung mit Lebensstandard-Garantie entwickeln. Deshalb sind in der gesetzlichen Sozialversicherung Strukturreformen dringend notwendig.

Hilfe zur Selbsthilfe und Bürgerengagement

Libérale Sozialpolitik ist nicht nur staatliche Sozialpolitik. Sie will auch nichtstaatliche Kräfte als Selbsthilfe engagierter Bürger aktivieren.

Ambulante Altenhilfe ausbauen

Die wachsenden Aufgaben in der Altenhilfe erfordern den Ausbau der ambulanten Dienste. Der alte Mensch soll sein Leben in vertrauter Umgebung möglichst lange führen können. Hilfe vor Ort in vertrauter Umgebung ist menschlicher als Heimunterbringung.

Pflegefälle in der Familie oder in der eigenen Wohnung bedürfen der Hilfe durch ambulante Sozialdienste. In Altenheimen sind künftig wesentlich mehr als bisher Pflegebetten vorzuhalten. Kurzzeitpflegebetten zur Entlastung pflegender Angehöriger sind einzurichten.

Das Ausbildungsangebot für Altenpfleger/innen und Altenpflegehelfer/innen ist zu verbessern.

Behinderte integrieren

Behinderte Menschen sollen in die Gesellschaft einbezogen sein. Behindertengerechte Wohnungen und Wohngemeinschaften, sowie die Bereitstellung gemeinnütziger Transportmöglichkeiten müssen dem Bedarf entsprechend gefördert werden.

Beschützende Werkstätten tragen sehr stark zur Persönlichkeitsentfaltung bei. Sie müssen, wo immer möglich, von Verwaltungsschranken befreit werden.

Wir bemühen uns um ein größeres Angebot an Kindergärten und Schulen, die von behinderten und nichtbehinderten Kindern gemeinsam besucht werden können.

Die Situation von Familien mit Kindern verbessern

Besonders für alleinerziehende Mütter oder Väter (Ein-Eltern-Familie), die in Ausbildung oder berufstätig sind, werden spezielle Kinderbetreuungsmöglichkeiten wie Krippen für die Kleinsten, Kinderhorte, Kindertagesstätten und Tagesmütter,

sowie Ganztagschulen benötigt. In diesem Bereich ist die Erhöhung des Angebotes von Teilzeitstellen von größter Bedeutung.

Private Initiativen wie Nachbarschaftshilfen, Eltern-Kind-Gruppen, Selbsthilfegruppen Alleinerziehender und ähnliche Formen sind zu fördern.

Auch Mütter sollen berufstätig sein können, wenn sie wollen. Aufwendungen für Haushalts- oder Familienhilfen sollen daher in erheblich erhöhtem Umfang steuerlich absetzbar sein. Durch diese Änderung würden viele neue Arbeitsplätze – speziell Teilzeitplätze – in privaten Haushalten geschaffen werden.

Die Kindergartenöffnungszeiten sollen an unterschiedliche Arbeitszeiten angepaßt werden, auch in der Ferienzeit.

Mißhandelten Frauen und Kindern helfen

Mißhandelten Frauen und Kindern zu helfen ist liberales Anliegen. Zufluchtstätten müssen ausreichend vorhanden und finanziell abgesichert sein. Dabei ist ein möglichst kurzzeitiger Aufenthalt anzustreben und den Frauen schnell zu einer selbständigen Lebensführung zu verhelfen. Durch Selbsthilfegruppen und Familienberatung ist die Nachbetreuung zu gewährleisten.

Krankenhäuser müssen menschlich, leistungsfähig und wirtschaftlich sein

Die Krankenhausbedarfsplanung ist auf die Versorgungsnotwendigkeiten abzustimmen. Bettenabbau ist weiterhin notwendig. Neben leistungsfähigen, zentralen Schwerpunktkrankenhäusern muß das bürgernahe kleinere Krankenhaus stehen.

Die Krankenhäuser sind durch Zusammenarbeit mit der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte und mit der ambulanten Pflege sowie durch Nachsorgeeinrichtungen mit niedrigeren Pflegesätzen zu entlasten. Die Einheitspflegesätze sind nach medizinischen Kosten und Unterbringungskosten zu trennen.

Psychisch Kranke nicht alleinlassen

Die F.D.P. fordert die Integration der Psychiatrie in die Allgemeinkrankenhäuser. Auf diese Weise soll der Diskriminierung von psychisch Kranken entgegengewirkt werden.

Nach Möglichkeit sollen psychisch Kranke ambulant oder teilstationär, in betreuten Wohngemeinschaften durch sozialpsychiatrische Dienste, in Tag- und Nachtkliniken und Kriseninterventionsstationen an Krankenhäusern versorgt werden.

Der Herausforderung von AIDS begegnen

Wissenschaftler, Ärzte, Publizisten und Politiker sind aufgefordert, die Bevölkerung über die Problematik von AIDS aufzuklären, um unangemessene Reaktionen zu vermeiden und übertriebene Ängste abzubauen. Die F.D.P. ist gegen eine namentliche Meldepflicht. AIDS-Fälle sind seitens der Ärzte nur unter Nennung von Alter und Geschlecht der Betroffenen an die Gesundheitsämter zu melden. Vorsorgeuntersuchungen sind im verstärkten Maße anzubieten; Zwangsmaßnahmen werden jedoch abgelehnt.

Selbsthilfegruppen von Kranken unterstützen

Selbsthilfegruppen von chronisch Erkrankten und Suchtkranken haben sich bewährt. Sie sind bei Ihrer Arbeit zu unterstützen.

Vergiftungen schnell erkennen und behandeln

Zur sicheren und flächendeckenden Versorgung bei Vergiftungserkrankungen (zu 50% Kinder) sind in allen Krankenhäusern der Versorgungsstufe I Einrichtungen und Personal zur toxikologischen Analyse vorzuhalten.

6. Innen- und Rechtspolitik, Parlament

„Weniger Daten“ ist Datenschutz

Datenschutz ist Daueraufgabe. Weniger Daten zu sammeln ist der beste Datenschutz.

Personenbezogene Daten dürfen nur auf Grund von Gesetzen, nur zu gesetzlich bestimmten Zwecken und nur im Rahmen des Notwendigen erhoben, gespeichert, übermittelt und genutzt werden. Der Bürger muß erkennen können, wer, was, wann über ihn weiß und wozu. Die Speicherung personenbezogener Daten ist dem Betroffenen auf Wunsch kostenlos mitzuteilen.

Der Bürger darf nur überwacht werden, wenn die Sicherheit der Allgemeinheit entscheidend bedroht ist.

Daten von Teilnehmern an genehmigten und friedlichen Kundgebungen dürfen weder erfaßt noch gespeichert werden.

Die Stellung des Datenschutzbeauftragten ist zu stärken.

Verfassungstreue im öffentlichen Dienst – aber keine Pauschalverdächtigung

Alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind zur Verfassungstreue verpflichtet. Die in Bayern gängige Prüfung jedes Bewerbers ohne konkreten Anlaß (Regelanfrage) lehnen wir ab. Die pauschale Überprüfung gefährdet das Vertrauen junger Menschen in ihren Staat.

Asyl und Ausländer

Asylrecht und Aufenthaltsrecht für Ausländer müssen den Berechtigten auch in Bayern schneller gewährt, Unberechtigten schneller verweigert werden. Da das Asylrecht Verfassungsrang besitzt, darf eine Auslieferung während laufender Asylanerkennungsverfahren nicht vollzogen werden, wenn das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge oder ein Gericht die Voraussetzungen für eine Asylgewährung bejaht hat. Der Nachzug von Ehegatten aufenthaltsberechtigter Ausländer ist nach Ablauf eines Jahres zu gestatten. Die Mitsprachemöglichkeiten für ausländische Bürger auf kommunaler Ebene sind zu verbessern; dazu gehört vor allem die Einrichtung von Ausländerbeiräten. Die F.D.P. sagt jeder Art von Ausländerfeindlichkeit den Kampf an.

Keine Aushöhlung des § 218 StGB – für Wiedereinführung der Kostenerstattung für Beamtinnen bei legalem Schwangerschaftsabbruch

Die strafrechtliche Regelung des § 218 StGB darf nicht durch zusätzliche Vorschriften über die Finanzierung des Schwangerschaftsabbruchs ausgehöhlt werden. Beamtinnen, die einen aufgrund der Notlagenindikation rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, müssen wieder einen Anspruch auf staatliche Hilfe erhalten, wie er im Bund und in fast allen übrigen Bundesländern gegeben ist.

Schutz des Demonstrationsrechts

Friedliche Demonstrationen sind von der Verfassung garantiert. Der Staat hat die Aufgabe, die Ausübung des Demonstrationsrechtes zu gewährleisten und dabei zugleich die Bürger vor Ausschreitungen zu schützen. Die Erhebung einer „Demonstrationsgebühr“ wird als Einschüchterungsmittel abgelehnt. Die F.D.P. wehrt sich dagegen, daß ohne einschlägigen Verdacht Photos und Filme von Demonstranten an den Verfassungsschutz weitergeleitet werden.

Bei Großprojekten Zuständigkeiten deutlich machen

Bei Großprojekten wie z. B. Kanalbauten, Flughäfen, Kernkraftwerken, sitzen immer wieder die gleichen Personen und Institutionen in den Genehmigungsbehörden und in den Aufsichts-, Verwaltungs- und Entscheidungsgremien des Projektträgers. Die F.D.P. wird sich für eine Entflechtung einsetzen.

Das Recht des Bürgers auf Akteneinsicht ist zu verbessern.

Bürger, Staat und Gemeinden

Das Selbstverwaltungsrecht von Gemeinden, Städten und Landkreisen ist zu stärken, insbesondere durch Zuweisung frei verfügbarer Mittel zu Lasten zweckgebundener und durch Verlagerung von Zuständigkeiten vom Staat zur kommunalen Selbstverwaltung.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger auf gemeindlicher Ebene sind zu erweitern. Die F.D.P. befürwortet den Bürgerantrag, das Bürgerbegehren und den Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene.

Lebendiger Landtag

Der Landtag muß sich wieder stärker auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Dazu zählen Gesetzgebung, Regierungskontrolle, Budgetrecht und die politische Zielsetzung. Das Petitionsrecht des Bürgers muß durch Stärkung der Rechte der befassten Abgeordneten, z. B. auf behördliche Auskunft und Akteneinsicht, ausgestaltet werden.

Entbürokratisierung und Verwaltungsreform sollen zu mehr Bürgerfreiheit und zu Einsparungen führen. Die beiden Aufgaben sind in Bayern jedoch kaum in Angriff genommen worden. Die zaghaften Versuche der von der Staatsregierung eingesetzten „Kommission für den Abbau von Staatsaufgaben“ haben nicht den gewünschten Erfolg. Entbürokratisierung wird nur durch eine mutige Rückführung von Staatsaufgaben und Aufgabendelegation nach unten möglich.

Die Landtagsfraktion der F.D.P. wird darauf hinwirken, daß in Zukunft weniger Verordnungen erlassen werden.

Das Landesentwicklungsprogramm enthält strukturpolitische Vorgaben. Es darf daher im Parlament nicht nur Gegenstand einer unverbindlichen Aussprache sein. Statt durch Regierungsverordnung ist es als Gesetz zu beraten und zu beschließen.

Bundesratsentscheidungen sind verstärkt im Landtag vorzubereiten und zu diskutieren.

Die unser föderalistisches System bedrohenden Gemeinschaftsaufgaben müssen wie die sonstigen Mischfinanzierungen reduziert und verstärkt parlamentarisch kontrolliert werden. Zonenrand- und Berlinförderung bleiben Aufgaben des Bundes.

Wir werden dem Landtag eine Ehrenordnung vorschlagen, die Interessenskollisionen und Abhängigkeiten von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern verhindern soll.

Bezirkstage brauchen Zuständigkeit in Landesplanung

Die F.D.P. fordert die Aufwertung der Bezirkstage zu einer dritten kommunalen Selbstverwaltungsebene. Ihre Kompetenzen und Finanzmittel müssen erweitert werden. Die Zuständigkeit der regionalen Planungsverbände, die Bezirksplanung, der Umweltschutz im Bezirk und das Vorschlagsrecht für die derzeitigen Ministerialbeauftragten sind ihnen zu übertragen.

Gebietsreform: Bürgerwille beachten

Die Veränderungen durch die Gebietsreform müssen dort, wo sie bis heute noch nicht vom Bürger akzeptiert wurden, überprüft und gegebenenfalls zurückgenommen werden.

Die Menschenwürde setzt Grenzen

Forschung und Entwicklung in der Gentechnologie und in der Reproduktionsmedizin müssen strengen ethischen Normen unterliegen. Das Grundgesetz, das die Freiheit der Forschung garantiert, setzt dieser Freiheit auch Grenzen. Das technisch Machbare muß sich der Würde des Menschen unterordnen.

**Um diese politischen Ziele
durchsetzen zu können, braucht
die F.D.P. Ihre beiden Stimmen.**

Wahlprogramm 1986 der F.D.P. Bayern

**Beschlossen vom 36. Ordentlichen Landesparteitag
am 3./4. Mai 1986 in Nürnberg**

Freie Demokratische Partei Bayern

Hauptgeschäftsführung

Agnesstraße 47

8000 München 40

Telefon 089/1 292068

**„Wer liberal denkt,
wählt auch liberal.“**